

Pulsnitzer Tageblatt

Hauptredaktion 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Kontokonto Dresden 21 88. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Kreisnachlag in Anrechnung
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. G., Großröhrsdorf, Dretznig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 60

Freitag, den 12. März 1926

78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Holzversteigerung.

Staatsforstrevier Langebrück
— Röhrsdorfer Teil —

Mittwoch, den 24. März 1926, vorm. 11 Uhr im Fremdenhof Hause in Großröhrsdorf.
577 Ahd. Stämme — 1/5 cm = 92.80 fm; 670 dgl. 16/19 cm = 202.86 fm; 304 dgl.
20/22 cm = 137.82 fm; 222 dgl. 23/29 cm = 142.01 fm; 7 dgl. 30/36 cm = 15.81 fm; 513 Ahd.
Röhre 7/29 cm = 34.18 fm; Ahd. 41 = Kahlhölz. 8, 11, 15, 18, 23, 25, 29 = Einzelh.
Forstamt Langebrück. Forstkasse Dresden.

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Das Reichsarbeitsministerium hat den Länderregierungen den Neuentwurf des Arbeitszeitgesetzes unterbreitet. Der Entwurf, der das gesamte Arbeitszeitrecht neu regelt, geht auch auf das Problem der allgemeinen Arbeitszeitregelung ein.
Wie in den Zentrumskreisen verlautbarte, sollen unmittelbar nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf die parlamentarischen Besprechungen über die Wahlrechtsreform und das neue Reichsschulgesetz aufgenommen werden.
Der deutsche Weltmeisterchaftsschwimmer Rademacher hat in Amerika seinen Weltrekord im Vierhundertmeter-Schwimmen verbessert, indem er diese Strecke in 5 Min. 50.2 Sek. zurücklegte.
Dem „Journal du Peuple“ zufolge, hat die Fraktionsführung der sozialistischen Kammerfraktion Frankreichs abgelehnt, eine besondere Erklärung für Deutschlands Alleinaufnahme in den Völkerbund zu beschließen.
Nach einer Meldung aus Beirut haben Drusenabteilungen, denen es gelungen war, in die Vorstädte von Damaskus einzudringen, eine schwere Niederlage erlitten. Der Kampf dauerte mehrere Stunden. Die Verluste sollen 500 Mann übersteigen.
Nach einer Meldung aus Viena (Serbien) hat dort ein furchtbarer Wirbelsturm 75 Häuser zerstört. Der Schaden wird auf drei Millionen Dinar geschätzt. Menschenleben scheinen nicht ums Leben gekommen zu sein.
In einem Artillerielager in Siedlec (Polen) ereignete sich eine schwere Granatexplosion, wobei zwei Soldaten ums Leben kamen und eine größere Anzahl Soldaten schwer verletzt wurden. Die Ursache der Explosion ist nicht bekannt.

Berschwärste Krisis in Genf

Der Aufnahmeauschuss für Deutschlands Eintritt — Opposition Spaniens und Brasiliens
Bermittlungsversuche Chamberlains — Dr. Rülz im Reichstag

Deutschlands Aufnahme einstimmig genehmigt.

Genf. Die Aufnahmekommission des Völkerbundes genehmigte debattelos den Beschluß ihrer Unterkommission, daß Deutschland sämtliche Voraussetzungen erfüllt habe, die für seine Aufnahme in den Völkerbund erforderlich seien. Damit sind die vorbereitenden Verhandlungen für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund abgeschlossen und es steht nunmehr der Vollversammlung offen, die Aufnahme Deutschlands mit Zweidrittelmehrheit zu beschließen. Von den weiteren Verhandlungen über die Erweiterung des Rats wird die Einberufung dieser Versammlung abhängen.

Fünf Fragen des Aufnahmeauschusses.

In der Unterkommission waren folgende Fragen über die Aufnahme Deutschlands gestellt worden:

1. Ist der deutsche Aufnahmeantrag in den Völkerbund ordnungsgemäß?
2. Ist die deutsche Regierung de jure und de facto anerkannt und von welchen Regierungen?
3. Ist die Regierung des Deutschen Reiches unabhängig?
4. Wie steht es mit den Erklärungen der Reichsregierung gegenüber ihren internationalen Verpflichtungen und den Vorschriften der Friedensverträge sowie
5. den Bestimmungen des Völkerbundes über die Rüstungen?

Der Unterausschuss hatte bereits festgestellt, daß die Frage 1 zweifellos mit ja beantwortet werden müsse und daß gegen die Fragen 2, 3 und 4 keine Einwände erhoben werden könnten. Zu Frage 5 hat sich der Rat durch die ständige beratende Militärkommission des Völkerbundes ein Gutachten abgeben lassen, das dahin lautet, daß die Frage der Abrüstung durch den Versailler Vertrag geregelt sei und nicht weiter durch die Kommission geprüft zu werden brauche. Gleichzeitig lag der Aufnahmekommission eine Erklärung der Botschafterkonferenz vom 4. März über die deutsche Abrüstung vor. Zum Bericht erstatter vor der Vollversammlung wurde Sir Austen Chamberlain, der Vorsitzende der Aufnahmekommission, ernannt.

Rückzugsgesicht in Genf.

Die Delegationen holen neue Instruktionen ein.

Genf. Der konzentrische Druck, der auf die deutsche Delegation seit einigen Tagen in Genf ausgeübt wird, hat noch an Intensität zugenommen. Obwohl nicht das geringste Anzeichen dafür vorhanden, daß der Reichskanzler und Dr. Stresemann die Absicht haben, auch nur im geringsten nachzugeben. Es sind die letzten Anstrengungen, die von der Gegenseite gemacht werden.

Deutschland zum Nachgeben zu zwingen.

Aber nicht nur Deutschland hat diesen Druck zu ertragen, er richtet sich in gleichem Maße auch gegen den schwe-

dischen Außenminister, weil es allen in Genf weilenden Mächten klargeworden ist, daß Deutschland nicht der Schuldige an der latenten Völkerbundkrise ist. Die bisherigen Ratsmitglieder sind ja unter sich in der Frage der Erweiterung des Rates uneinig. Da Deutschland es ablehnt, auf die eine oder die andere Seite zu treten und aktiv Stellung zu nehmen, so wird dieser Streit jedenfalls durch Deutschland nicht verschärft.

In der letzten Sitzung mußten sich alle diejenigen, die die Schuld auf Deutschland schieben wollten, hiervon überzeugen. Denn als sie nacheinander mit ihren Forderungen hervortraten und ihren Austritt aus dem Völkerbund androhten, falls sie keinen ständigen Ratsführer erhielten, da wurde ihnen vom schwedischen Außenminister geantwortet, daß die schwedische Regierung trotz aller möglichen Folgen an ihrem Standpunkt festhalten werde. Nun gilt es für die einen Ratsführer Anspruch erhebenden Mächte, von ihren Regierungen neue Instruktionen einzuholen, da die in Genf anwesenden Staatsmänner die Verantwortung allein nicht auf ihre Schultern nehmen wollen.

Fortdauernde Krisis.

Genf. Trotz vieler Verhandlungen ist die Lage der Krisis um die Ratsfrage immer noch unverändert. Außerlich haben die Staatsmänner des Völkerbundes die Verhandlungen zur Aufnahme Deutschlands etwas weitergeführt, indem die erste Kommission mit einer gewissen Zartheit alle kritischen politischen Fragen ausgeschaltet und kurzerhand die Empfehlung der Aufnahme an die Vollversammlung beschlossen hat. Mit dem Eintreffen Briands sind die Verhandlungen keineswegs leichter geworden. Briands politische Stellung in Frankreich ist nicht so fest, wie aus nachfolgenden propagandistischen Gründen in den letzten Tagen behauptet wurde. Man kann in Genf auch von französischer Seite hören, daß Briand eine Vorstellung seines Kabinetts vor der Kammer abgelehnt hat, weil er einen neuen Sturz hätte befürchten müssen, und daß Briand ein gewisses Interesse daran hat, mit einer für Frankreich günstigen Lösung nach Hause zu kommen.
Die Verhandlungen betreffen

noch immer das alte Problem.

Spanien erklärt, gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zwar nicht stimmen zu wollen, aber aus dem Völkerbund auszuscheiden zu müssen, wenn Spanien nicht gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Ratsführer erhält oder wenigstens von Deutschland eine Zusage für September gegeben wird.

Brasilien hat die schärfere Taktik gewählt und will seine Zusage für den ständigen Ratsführer Deutschlands zurückziehen. Brasilien würde seine offizielle Note an Deutschland zurücknehmen.

Briand bemüht sich, Brasilien und Spanien zu verströmen und den Gedanken eines Komitees des Rats mit dem Auftrag zur Nachprüfung aller Anträge durchzuführen.

Der Reichskanzler Dr. Luther hat den tschechoslowakischen Außenminister Beneš und darauf den ersten Delegierten Brasiliens, Mello Franco, empfangen. Ob durch diese Besprechung eine Klärung eingetreten ist, ist noch nicht festgestellt. Selbstverständlich hat aber die deutsche Delegation von ihrem Standpunkt nichts preisgegeben.

Vertilge und sächsische Angelegenheiten.

(Landwirte, laßt eure Stuten decken!)
Durch die schwere wirtschaftliche Krise, die im letzten Jahre über Deutschland lag und den Absatz jeder Art Produkte so außerordentlich erschwerte, hat auch die Pferdezüchtung sehr gelitten. Der Geldmangel verhindert, daß die Pferdekonsumierenden Kreise die notwendigen Anschaffungen an Pferden machen konnten. Es waren in den Jahren vor 1925 auch zu viele Stuten dem Hengste zugeführt worden, denn bei dem Pferdemarkt nach dem Kriege war die Pferdezüchtung ein sehr gutes Geschäft und die Züchter ließen sich verleiten, auch die mäßigste und nicht zuchttaugliche Stute dem Hengste zuzuführen. Unter dem abnehmenden und der großen, jetzt gestoppten Pferdezufuhr ist im Jahre 1925 die Zahl der von Beschälern der preussischen Gestütsverwaltung gedeckten Stuten um 30 % zurückgegangen. Die Zahl der jungen Pferde wird in den nächsten Jahren sehr gering sein und es ist zu befürchten, daß der große Rückgang an gedeckten Stuten Ursache eines großen Pferdemarktes in den nächsten Jahren sein wird. Das Pferd wird in der Landwirtschaft niemals durch den Motor ersetzt werden können. Es wird auch im Verkehrsleben seine Rolle weiter spielen. Dazu kommt die steigende Ausfuhr Deutschlands an Pferden, denn die Produkte der deutschen Pferdezüchtung werden im Auslande mehr und mehr geschätzt. Es darf in Deutschland nicht zum Mangel an guten Pferden kommen. Ein Mangel an guten Pferden würde die Regierung zwingen, eine Einfuhr von Pferden in großem Maße zuzulassen. Daher, deutsche Landwirte, führt das, was Ihr an guten Zuchtstuten besitzt, in diesem Frühjahr unbedingt zum Hengste. Ein Jahr schlechten Abzuges wird die dauernde Rentabilität der Pferdezüchtung nicht verhindern können. Wir dürfen nicht dahin kommen, daß wir in einigen Jahren Mangel an Pferden haben.

(Kundgebung für die Freizeit der Jugend.) Die vom Rechtsausschuß der Jugendverbände gemeinsam mit 27 anderen Organisationen kürzlich in Berlin im Plenarjahr des Landwirtschaftsrates veranstaltete Kundgebung für die Freizeit der Jugend wurde von dem Jugendpfarrer Süberow geleitet, der in überzeugender Weise die

